

Wochenblatt für Wilsdruff

Tharandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meißen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff,
sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Tharandt.

Wochenblatt für Wilsdruff.
Altanneberg, Birkenhain, Blankenstein, Braunsdorf, Burkhardtswalde, Groitzsch, Grumbach, Grun bei Mohorn, Helbigsdorf, Herzogswalde mit Sandberg, Hähndorf, Kesselsdorf, Kleinschönberg, Klitzhausen, Lambsdorf, Limbach, Losen, Mohorn, Mittig-Roitzsch, Münzla, Neufirchen, Neutanneberg, Niederwartha, Oberhermsdorf, Rohrdorf, Röhrsdorf bei Wilsdruff, Roitzsch, Roitschberg mit Perne, Sachsdorf, Schwedewalde, Sora, Steinbach bei Kesselsdorf, Steinbach bei Mohorn, Seelitzstadt, Spechtshausen, Taubenheim, Unterdorf, Weistropp, Wildberg.

Erscheint wöchentlich dreimal und zwar Dienstags, Donnerstags und Sonnabends. — Bezugspreis vierteljährlich 1 M. 30 Pf., durch die Post bezogen 1 M. 54 Pf.
Inserate werden Montags, Mittwochs und Freitags bis spätestens Mittags 12 Uhr angenommen. — Insertionspreis 15 Pf. pro viergespaltenem Corpusexzeile.

Druck und Verlag von Martin Berger in Wilsdruff. — Herausgeber ist der Wochenspiegel Martin Berger.

No. 27.

Dienstag, den 3. März 1903.

62. Jahrg.

Bei dem unterzeichneten Amtsgerichte ist heute der Wirtschaftsbewerber
Herr Gustav Ernst Schmidt in Groitzsch
an Stelle des freiwillig ausgeschiedenen Herrn Lippe als Richter für Groitzsch in
Pflicht genommen worden.

Wilsdruff, den 26. Februar 1903.

Königliches Amtsgericht.

Mittwoch, den 4. März 1903, Vorm. 10 Uhr,
foll im Versteigerungskloster des hiesigen Königl. Amtsgerichts

1 Sophia

versteigert werden.

Wilsdruff, den 21. Februar 1903.

Der Gerichtsvollzieher des Königl. Amtsgerichts.

Bekanntmachung.

Der diesjährige Frühjahrsmarkt findet

Donnerstag, den 19. und Freitag, den 20. März
statt. Dis. Ihs.

Wilsdruff, am 28. Februar 1903.

Der Stadtrath.
Kahlenberger.

Igr.

Der Wortlaut des sächsischen Reichstagswahlkartells.

Die "Sächs. Natl. Part." veröffentlicht folgenden Wortlaut des vor einigen Tagen abgeschlossenen Kartells für die bevorstehenden Reichstagswahlen:

Die gegenwärtige politische Lage erfordert für die bevorstehenden Reichstagswahlen dringender wie jemals zuvor den Zusammenschluß aller Angehörigen der Ordnungspartheien gegenüber der revolutionären Sozialdemokratie. In keinem Theile Deutschlands ist dieser Zusammenschluß notwendiger, als in unserem engeren Vaterlande. Die Landesvertretungen der konservativen Partei, der nationalliberalen Partei, der Reformpartei und des Bundes der Landwirthe haben daher unter Zurücklegung alles dessen, was sie aus politischen und wirtschaftlichen Gebiete auch trennen mag, über folgendes Abkommen für die demnächst stattfindenden Reichstagswahlen sich geeinigt:

1. Der gegenwärtige Besitzstand der vertragsschließenden Parteien wird gegenseitig anerkannt, dergestalt, daß zum Besitzstand der Konservativen der 2., 9., 11., 14. und 23. Wahlkreis, zum Besitzstand der Nationalliberalen der 12., 15. und 21. Wahlkreis,

zum Besitzstand der Reformer der 3., 7. und 8. Wahlkreis zu rechnen sind.

Die Anerkennung des Besitzstandes schließt zum mindesten in sich, daß bei den bevorstehenden Reichstagswahlen gegen den Kandidaten derjenigen Partei, welcher der Besitzstand zugesprochen ist, Kandidaten der anderen Parteien nicht entgegengestellt werden.

2. Ferner soll der 1. Wahlkreis zum Besitzstand der Nationalliberalen und der 20. Wahlkreis zum Besitzstand der Konservativen gerechnet werden.

3. Nach einem früher schon getroffenen Separatabkommen werden im 4. Wahlkreis ein Kandidat der Konservativen und im 5. Wahlkreis ein Kandidat der Reformer aufgestellt. Die Nationalliberalen haben als Gegenleistung durch das Separatabkommen den Landtagswahlkreis Dresden-Friedrichstadt seiner Zeit zugewiesen erhalten.

4. Bezüglich des 6. und 22. Wahlkreises wird den Konservativen, bezüglich des 13., 16. und 17. Wahlkreises wird den Nationalliberalen und bezüglich des 18. und 19. Wahlkreises dem Bund der Landwirthe ein Vorschlagsrecht für Kandidaten aus ihrer Mitte bis zum 31. März 1903 vorbehalten. Wird von diesem Vorschlagsrecht innerhalb der festgestellten Zeit kein Gebrauch gemacht, so findet weitere freie Vereinbarung unter den Vertragschließenden statt.

Von diesem Kartell bleibt vorläufig der 10. Wahlkreis ausgeschlossen, da über den Besitzstand eine völlige Übereinstimmung nicht zu erzielen war. Jedoch wird für alle Beteiligten die Verpflichtung festgesetzt, denjenigen Kandidaten, der mit dem Sozialdemokraten in die Stichwahl kommt, ebenfalls zu unterstützen.

Da die Nummerierung der einzelnen Wahlkreise nicht jedermann geläufig ist, so geben wir im Folgenden die Wahlkreise noch einmal unter Hinzufügung der Orte an.

Es kandidieren also die Konservativen in folgenden Wahlkreisen:

2. Wahlkreis: Löbau-Eberbach; 9. Wahlkreis:

Freiberg-Hainichen; 11. Wahlkreis: Döbeln-Grimma;

14. Wahlkreis: Borna-Pegau; 23. Wahlkreis: Plauen-

Ferner im 20. Wahlkreis: Bischau-Marienberg;

4. Wahlkreis: Dresden-Reichenbach; Zusammen sieben

Kandidaturen. Das Vorschlagsrecht besitzen die Konservativen für den 6. Wahlkreis: Dresden-Land und den

22. Wahlkreis: Reichenbach-Virchow. Im Ganzen also neun Kandidaturen.

Die Nationalliberalen

kandidieren im 12. Wahlkreis: Leipzig-Stadt; im 15.

Wahlkreis: Mittweida-Limbach und im 21. Wahlkreis:

Annaberg-Gitterstock; ferner im 1. Wahlkreis: Zittau.

Zusammen vier Kandidaturen. Das Vorschlagsrecht besitzen

die Nationalliberalen für den 13. Wahlkreis: Leipzig-

Land, für den 16. Wahlkreis: Chemnitz und den 17.

Wahlkreis: Glauchau-Meerane. Im Ganzen sieben

Kandidaturen.

Die Reformer

kandidieren im 3. Wahlkreis: Bautzen; im 7. Wahlkreis:

Meißen-Großenhain und im 8. Wahlkreis: Pirna-

Schönitz; ferner im 5. Wahlkreis: Dresden-Alstadt.

Zusammen vier Kandidaturen.

Der Bund der Landwirthe

hat das Vorschlagsrecht für den 18. Wahlkreis: Zwickau-

Werdau und den 19. Wahlkreis: Stolberg-Schnei-

berg. Zusammen zwei Kandidaturen.

Der Wahlkreis Döbeln

bleibt vom Kartell ausgeschlossen, jedoch wird den bürger-

lichen Parteien zur Pflicht gemacht, in ihm den Kandidaten,

der mit dem Sozialdemokraten in die Stichwahl kommt,

zu unterstützen — wenn überhaupt unter diesen Umständen

eine Stichwahl nötig sein wird.

Politische Rundschau.

Vom Kaiserhofe. Die Kaiserliche Familie war am Sonntag zum letzten Male vor dem Auftritt der Orient-

Reise der beiden ältesten Söhne des Kaiserares im

Berliner Schlosse vereint. Die Prinzen reisen, wie bekannt,

Bekanntmachung.

Gut anhört erstatteter Anzeige ist das von der hiesigen städtischen Sparkasse ausgestellte Einlagebuch

Nr. 36448, auf Marie Grafe in Weistropp lautend, in Verlust geraten.

Unter Hinweis auf § 18 des für die hiesige städtische Sparkasse geltenden Regulativs wird der etwaige Inhaber dieses Buches hiermit aufgefordert, seine Ansprüche an dasselbe bei deren Verlust binnen 3 Monaten, vom Tage dieser Bekanntmachung ab gerechnet, bei uns anzugeben.

Wilsdruff, am 26. Februar 1903.

Der Stadtrath.

Kahlenberger.

Holzversteigerung, Spechtshausener Staatsforstrevier.

Gasthof zu Spechtshausen, Donnerstag, 12. März 1903, Vorm. 10 Uhr: 1321 w. Stämme, 4 h. u. 761 w. Rüger, 1 Rm. h. u. 158,5 Rm. w. Rügknüppel, 15,5 Rm. h. u. 64 Rm. w. Brennscheite, 15 Rm. h. u. 324,5 Rm. w. Brennknüppel, 11 Rm. h. u. 11 Rm. w. Jacken, 8 Rm. h. u. 272 Rm. w. Reste.

Kgl. Forstrevierverwaltung Spechtshausen u. Kgl. Forstrentamt Tharandt, am 27. Februar 1903.

Morgenstern.

Flemming.

Zunächst über Norfu, Athen, wo sie ihre Tante, die Kronprinzessin von Griechenland, besuchen und Korinth nach Konstantinopel. Unser Kaiser wird am heutigen Montag Abend Berlin verlassen und über Oldenburg nach Wilhelmshaven reisen, wo die Bereidigung der Rekruten der II. Marine-Division stattfindet. Wo dort besucht der Kaiser Helgoland und kehrt über Bremerhaven und Bremen Ende der Woche nach Berlin zurück.

Der Reichstag erledigte am Sonnabend zunächst Petitionen, dann trat er in die Beratung des Etats der Postverwaltung ein. Staatssekretär Straße leitete die Debatte hierüber mit einem längeren Vortrage ein, in welchem er Erklärungen über die Ausstellung des gegenwärtigen Postetats gab und im Weiteren die Hoffnung befand, daß der nächste Etat außer den vorgelebten 15 Millionen Mark Mehreinnahmen noch 4 bis 5 Millionen Mark einbringen und damit einen Überschuß von etwa 20 Millionen Mark liefern werde. Ginge dieser verbreite sich der Staatssekretär über die Lage der Postassistenten, wobei er seinen gegen den Beschluß der Budgetkommission betreffs weiterer Vermehrung der Assistentenstellen um 1000 erhobenen Einspruch zu erläutern und zu rechtfertigen sucht. Abg. Hugo (Btr.) bedauerte dies Widerstreben des Chefs der Reichspostverwaltung gegen die vorgeschlagene Vermehrung der Assistentenstellen. Abg. Fickhoff (fr. Volksp.) wünschte Auskunft, wie es mit der behaupteten Aufnahme einer Anzahl Juristen in den höheren Postdienst stehe und der Sozialdemokrat Singer nahm sich besonders der Postbeamten an, deren politische Rechte nach seiner Meinung von der Verwaltung arg vernünftigt würden. Staatssekretär Straße leitete in seiner Erörterung den sozialdemokratischen Redner ganz gehörig heim und erklärte, die oberste Postbehörde würde sozialdemokratische Wählerrechte unter ihrem Personal stets energisch bekämpfen. In einer weiteren Rede ging der Staatssekretär auf die Titel- und Urlaubsfrage für die Beamten ein, beantwortete aber die erwähnte Aufrage des Abg. Fickhoff betreffs Einstellung von Juristen in der oberen Postbeamtenkarriere ausweidend. Aus dem Hause sprachen noch die Abgeordneten Süder (drittl.-soz.), Müller-Weiningen (fr. Volksp.), Kirsch (Btr.), Graf Oriola (nat.-lib.), Werner (Autif.) und Leipmann (fr. Volksp.). Schließlich fand der Ausgabentitel: "Gehalt des Staatssekretärs" Genehmigung, worauf sich das Haus auf Montag vertrat.

Der Reichstag wird, wider alles Vermuthen, nun doch noch über Ostern hinaus versammelt bleiben. Sein Seniorenekonvent beschloß am Sonnabend, etwa vom 28. März ab eine Vertagung des Hauses bis ungefähr zum 21. April eintreten zu lassen. In diesem nächsten Sessionsabschnitt sollen die Novelle zum Strafen-